

Neue Massenproteste gegen Macrons Rentenreform und die Frage: "Wie weiter?"

Die Massenproteste in Frankreich gegen Macrons reaktionäre Rentenreform gehen mit hohem Tempo weiter.

Am Dienstag, den 7. Februar 2023 fand innerhalb von nichteinmal drei Wochen der dritte landesweite Aktionstag der acht Gewerkschaftsbünde mit Großdemonstrationen und Arbeitsniederlegungen statt.

Dazwischen hatte es Mobilisierungen des linken Parteienbündnisses NUPES und von Jugendorganisationen sowie Nadelstiche, zum Teil in "Robin Hood-Manier" (den Armen kostenlosen Strom liefern und ihn bei Regierungspolitikern drosseln oder zeitweilig ganz abschalten) der Beschäftigten des Energiesektors und verschiedener anderer Branchen gegeben. Am Samstag, den 11. Februar soll die Ablehnung erneut massenhaft auf den Straßen bekundet werden. Neuen Umfragen zufolge lehnen inzwischen *"mehr als zwei Drittel der Franzosen und Französinen"* diese Gegenreform ab. (Siehe dazu auch den Bericht auf der Website der ARD-*"Tagesschau"* vom 6.2.2023: [Macrons Reform erstmals im Parlament: Hitzige Debatte über die Rente erwartet | tagesschau.de](https://www.tagesschau.de/multimedia/podcast/20230206_macron-reform-erstmals-im-parlament.htm))

Die hohe Frequenz der Protestaktionen ist auch nötig, denn Macron & Co. stellen aufstur und wollen ihre Rentenverschlechterungspläne bis Ende März durchboxen. Deshalb wird in der Gewerkschaftsbewegung intensiv über die Frage *"Wie weiter?"* diskutiert.

Der kämpferische Flügel (CGT, Solidaires, FSU und natürlich die anarchosyndikalistischen CNT-F bzw. CNT-SO) sind für länger dauernde Streiks, um die Regierung zum Einlenken zu bewegen. Die sehr sozialpartnerschaftlich ausgerichteten Zentralen (CFDT, CFTC, CGC) können sich das hingegen gar nicht vorstellen.

Auch viele Beschäftigte schrecken, angesichts ohnehin stark schrumpfender Reallöhne infolge der Inflation und der Aussicht auf weitere unbezahlte Streiktage, vor dieser Konsequenz zurück. Die kampferprobten traditionellen Speerspitzen in den Kämpfen der letzten Jahre und Jahrzehnte (Eisenbahner, Energiearbeiter, Docker...) wiederum wollen nur ungern erneut die Kohlen in Form eines langen Stellvertreterstreiks für alle Anderen aus dem Feuer holen...

Einen guten Einblick in den Stand der Dinge, die Diskussionen und Vorschläge liefern der folgende Bericht aus der italienischen kommunistischen Online-Tageszeitung *"Contropiano"* vom 8.2.2023 und das Interview mit zwei Vertreter(inn)en des Basisgewerkschaftsbundes Solidaires aus dem linken Onlinemagazin *"Rapports de Force"* vom 7.2.2023, die wir ins Deutsche übersetzt und mit einigen erläuternden Anmerkungen versehen haben.

Dritter Generalstreik in Frankreich gegen die Rentenreform

Giacomo Marchetti

Am Dienstag, den 7. Februar, fand der dritte Tag des Generalstreiks gegen die Rentenreform statt, die derzeit im Parlament diskutiert wird.

Nach den ersten beiden Mobilisierungstagen am 19. und 31. Januar 2023 scheint die Bewegung nicht nachzulassen, weder in Bezug auf die prozentuale Beteiligung am "brachenübergreifenden" Streik noch in Bezug auf die Straßenmobilisierungen, auch wenn die Zahl gestern etwas geringer war.

Die gestrige Mobilisierung war in der Tat eine Art "Zwischenetappe" im Hinblick auf die Mobilisierung am Samstag, den 11. Februar 2023, die voraussichtlich noch massiver ausfallen wird als die vorherigen.

Nach **Angaben der Polizei** nahmen 757.000 Menschen an den Straßenprotesten teil, während die CGT - die zusammen mit den anderen sieben Gewerkschaften zum Streik aufgerufen hatte - rund 2 Millionen Menschen zählte, gegenüber 2,8 Millionen am 31. Januar und mehr als 2 Millionen am 19. Januar.

Zu den zahlreichsten Demonstrationen gehörten die in Paris (400.000 für die CGT) und Marseille (140.000).

Der leichte Rückgang der Teilnehmerzahlen schmälerte jedoch nicht die Prägnanz, die Ausdehnung und die Größenordnung der Mobilisierung, mit Demonstrationen an mehr als 200 Orten und einer guten Beteiligung auch in kleineren Orten, die normalerweise weniger von nationalen Mobilisierungen betroffen sind.

Laurent Berger, Generalsekretär der CFDT, kommentierte: *"Die Mobilisierung erstreckt sich über zwei Tage, und wenn die Regierung versucht ist, sich über einen leichten Rückgang der Mobilisierung heute zu freuen, rate ich ihr zur Vorsicht."*

Der Bahnverkehr (SNCF) und die Pariser Metro (RATP) waren *"stark beeinträchtigt"* und werden es, soweit die Bahn betroffen ist, auch am Mittwoch wieder sein.

Im Energiesektor gab die CGT Zahlen zwischen 75 und 100 % an, wobei es für die Geschäftsführung von *TotalEnergies* nur 56 % waren, während bei *EDF* 36,9 % gemeldet wurden. Alle Total-Raffinerien wurden bestreikt und alle Lieferungen gestoppt.

Auch in den Schulen waren die Teilnehmerzahlen beachtlich, obwohl in einigen Schulen die Ferien bereits begonnen hatten.

Es zeichnet sich eine echte Diskussion darüber ab, wie ein für die Reformgegner günstiges *Kräfteverhältnis* geschaffen werden kann, auch weil die Regierung Macron

offensichtlich mit einer starken Reaktion des Volkes gerechnet hat und darauf vorbereitet war, ihr zu trotzen. Kurz gesagt geht es darum, über die Möglichkeiten der "Gleichgültigkeit" oder eines "Ausweichmanövers" der Exekutive hinauszugehen.

Deshalb wurde der "Stimulus" einer koordinierten Aktion von **vier Föderationen der CGT** "zwischen einem Generalstreik und dem nächsten" beschlossen - mit offensiven Aktionen, die heute, am 8. Februar, nicht nur bei den Eisenbahnen, sondern auch in den Raffinerien, Häfen, der Gas- und Elektrizitätsindustrie stattfinden werden, wo der Streik 48 Stunden dauern wird.

"Alle Optionen liegen auf dem Tisch", sagte der CFTC-Präsident.

Philippe Martinez, Sekretär der CGT, schließt sich dem an: *"Es kann sein, dass die Demonstrationen nicht ausreichen werden."*

In der Tat wird viel von den Entscheidungen abhängen, die am Samstag von der **"Intersyndicale"** ((d.h. den gegen die Rentenpläne verbündeten 8 Gewerkschaftsbünden)) getroffen werden, um einen Kampf fortzusetzen, der so viele Menschen auf die Straße gebracht hat wie seit mehr als einem Jahrzehnt nicht mehr.

Es ist klar, dass die mögliche Bereitschaft der Exekutive für sehr partielle Änderungen der Reformhypothese die Substanz des Systems nicht berühren wird (Verlängerung der Zahlungsfrist, Abschaffung der "Sonderregelungen" usw.). Vor allem aber werden sie den Dreh- und Angelpunkt des Vorhabens zur Umgestaltung des *"umlagefinanzierten"* Rentensystems nicht antasten: die Anhebung des Renteneintrittsalters von derzeit 62 Jahren (vor etwas mehr als einem Jahrzehnt lag es bei 60 Jahren) auf 64 Jahre.

Im Kern werden die Menschen länger arbeiten müssen, wenn die Reform angenommen wird,.

Generell ist die "Taubheit" des **Ehepaars Macron** gegenüber der Straße und der öffentlichen Meinung im Allgemeinen offensichtlich, denn eine überwältigende Mehrheit der Erwerbstätigen lehnt die Reform ab. Eine Gegnerschaft - daran muss man erinnern -, die in den Wochen der Mobilisierung gewachsen ist, indem der Meinungskampf gegen die *Task Force* gewonnen wurde, die die Exekutive losgeschickt hatte, um dafür zu sorgen, dass eine unpopuläre, von der Europäischen Union mit Nachdruck gewollte, Maßnahme von der Bevölkerung geschluckt wird.

Es wird sehr darauf geachtet, einen Konsens über die Maßnahmen der Arbeiter zu erzielen: Deshalb werden die Eisenbahner am Samstag nicht streiken, damit alle zu den geplanten Mobilisierungen kommen können und die Nutzer auf keinen Fall an einem Tag benachteiligt werden, der in jedem Fall ein Ruhetag ist.

"Das Ziel ist es, die normalen Arbeitsbedingungen zu stören und nicht die Nutzer zu bestrafen", sagt Sébastien Menesplier, Generalsekretär des CGT-Branchenverbands Mines-Energie.

Die Opposition gegen die Reform wird in diesen etwa zwei Wochen der parlamentarischen Debatte auf den erbitterten Widerstand der Linken von den Abgeordnetenbanken der **NUPES** und auf die bisher offizielle Opposition der **extremen Rechten** sowie auf die kritische Haltung **eines Teils der Gaullisten (Les Republicans - LR)** zählen können.

Aller Wahrscheinlichkeit nach wird die Exekutive am Ende des komplizierten parlamentarischen Verfahrens Mitte März gezwungen sein - wenn sie die Reform umsetzen will - auf die Formel eines Dekrets zurückzugreifen, ohne sie zur Abstimmung zu stellen; ein absolutes Novum in der Geschichte der Fünften Republik und eine autoritäre Wendung, die nicht ohne Folgen bleiben kann.

In einem anderen Kontext besteht jedoch auch die Möglichkeit einer Niederlage der Exekutive bei einem "Reformprojekt", so wie es 1995 gegen den Umstrukturierungsplan der ((Sozialversicherung)) *Sécurité Sociale* der Fall war, den der damalige Premierminister **Alain Juppé** durchsetzen wollte, oder gegen das CPE-Projekt von **Dominique de Villepin** ((zur Prekarisierung junger Berufseinsteiger beim ersten Arbeitsvertrag)), das in der ersten Jahreshälfte 2006 beschlossen und später zurückgezogen wurde.

Übersetzung + Anmerkungen in eckigen Klammern: Gewerkschaftsforum Hannover

"Rapports de Force" 7. Februar 2023

Verlängerbarer Streik am 8. März: Der Vorschlag von Solidaires

Solidaires ist überzeugt: Um zu gewinnen, braucht es einen harten Streik. Wie kann er gelingen, wenn es zwar sehr große Demonstrationen gibt, aber die Generalversammlungen noch wenig besucht sind und die traditionellen Sektoren nicht alleine in den Streik treten wollen? Um diese Gleichung zu lösen, stellt Solidaires in ihren eigenen Reihen wie auch bei ihren Gewerkschaftspartnern ein gemeinsames Startdatum für einen verlängerbaren Streik am 8. März zur Debatte.

Das Mobilisierungs- und Streikniveau am 19. und 31. Januar war sehr hoch, so dass es anscheinend alle ein wenig überrascht hat. Jetzt haben wir den dritten Aktionstag am 7. Februar und einen Samstag ((den 11.2.2023))... Ist dieses Konfliktniveau ausreichend, um die Regierung zum Rückzug zu bewegen?

Murielle Guilbert: Die Millionen von Menschen auf der Straße haben eine ziemlich unglaubliche Dynamik erzeugt. Abgesehen von den taktischen Entscheidungen, die in der nächsten Zeit getroffen werden, hat dies die Fähigkeit gestärkt, einen Sieg gegen diese Reform anzupeilen. Und das ist angesichts der Schwierigkeiten der

letzten Jahre nicht wenig. Aber die Regierung hat ihre Kurs eingeschlagen, um die Stimmen für ihr Gesetz zusammenzubekommen. Sie spielt die Karte, die Millionen Menschen auf der Straße zu ignorieren. Wir sind daher der Meinung, dass wir das Niveau der Konfliktbereitschaft erhöhen müssen. Wenn die Funktionsweise der Wirtschaft nicht angetastet wird, wird die Regierung darauf setzen, dass die Bevölkerung müde wird. Sie irrt sich: Es gibt eine echte Basisbewegung und eine Klarheit über die Ungerechtigkeit, die diese Reform darstellt.

Simon Duteil: Am 31. Januar hörte man einen kleinen Diskurs über den Rückgang der Streiks im öffentlichen Dienst, bei der SNCF oder in großen Unternehmen. Aber die Rückmeldungen, die wir von vielen privaten Unternehmen oder von Demonstrationen erhalten, sind, dass viele Streikende eine Art Streikrotation betreiben: am 31. gehen sie raus, am 19. hingegen nicht... Die Leute greifen auch auf zusätzliche Urlaubstage (RTT) zurück. Wir befinden uns in einer starken sozialen Krise, mit der Inflation, mit angespannten Realitäten bei den Löhnen: Es ist also hart, entlohte Arbeitstage zu verlieren. Aber die Entschlossenheit ist so stark, dass die Leute es schaffen, zu kommen.

Außerdem geht es über die traditionellen Arbeiter, die daran teilnehmen, hinaus. Man hat Selbstständige, kleine Händler, Handwerker, Bäuerinnen und Bauern gesehen... Sie nehmen an diesen Demonstrationen teil, sind aber de facto keine Streikenden. Dies vorausgeschickt, sieht man, dass die Generalversammlungen nicht sehr zahlreich waren. In den Sektoren, in denen es sie gibt, gelingt es insgesamt nicht, den Rahmen der Aktivistinnen und Aktivisten zu überschreiten. Das liegt vor allem daran, dass wir uns in der Phase dieser großen, mitreißenden Demonstrationen befinden: Viele Leute denken, dass man so gewinnen kann.

Die Taktik ist für Solidaires jedoch ziemlich klar: Wir haben von Anfang an gesagt, dass wir nicht gewinnen können, wenn wir nicht wirklich längere Streiks und eine allgemeine Blockade der Wirtschaft anstreben. Große Demonstrationen werden nicht ausreichen.

Über den von der *Intersyndicale* seit dem 10. Januar festgelegten Zeitplan hinaus ist kein großer Streikschub zu beobachten, auch nicht in den Sektoren, die einen Schlachtplan vorangetrieben haben, wie die Raffinerien, der Energiesektor, die Eisenbahner... Die Frage der längeren Arbeitsniederlegungen wird aufgeworfen, aber es gibt derzeit keine konkrete Beschleunigung. Was sind die Gründe dafür?

Simon Duteil: Es gibt Versuche von einigen Sektoren, im Januar und Februar eine Beschleunigung zu erreichen. Aber wir müssen sehen, wo wir 2023 stehen, in der Gewerkschaftsbewegung und in der Fähigkeit, andere mitzureißen. Wir befinden uns in einem ersten Zeitrahmen: Es geht darum durch die Mobilisierung, durch diese großen Demonstrationen neues Selbstvertrauen zu bekommen. Das bringt Menschen dazu, sich zu sagen: "*Wir können gewinnen*", wo viele defätistisch weggegangen sind. Es ist auch eine Geschichte der richtigen Zeitpunkte.

In den Sektoren, von denen man sagt, dass sie eher imstande sind, den Betrieb lahm zu legen, wie die Eisenbahner, wollen einige nicht die Lokomotive sein. Was wir bei Solidaires in diesen Sektoren vertreten, und das gilt insbesondere für Sud Rail, ist, dass der Stellvertreterstreik beendet werden muss. Nur wenn alle gemeinsam streiken, können wir gewinnen. Aber das erfordert einen gewissen Abstand zu dem, wo wir jetzt in der Mobilisierung stehen.

Murielle Guilbert: Es gibt auch die Feststellung, auch von diesen Sektoren, dass die gewerkschafts- und berufsübergreifenden Termine funktionieren, mit einem hohen Mobilisierungsniveau, wie man es seit zehn Jahren nicht mehr gesehen hat. Das verändert die Sichtweise in einigen Sektoren, die auch sparsamer vorgehen. Diese Sektoren haben in den letzten Streiks viel gegeben, sei es die Raffinerien in den Lohnkämpfen oder die Eisenbahner im Jahr 2019. Wieder ein Sektor an der Spitze zu sein, bedeutet Situationen mit sehr harten, längeren Streiks.

All das wird derzeit aufgebaut. Im Moment gibt es eine abwartende, vorsichtige Haltung, um zu schauen, ob andere Sektoren in Gang kommen und sich einem breiteren einheitlichen Streikansatz anschließen.

Simon Duteil: Wir wollen uns nicht von einem falschen Rhythmus einfangen lassen, der uns darin einschließt, unsere Energie in die großen Mobilisierungen zu stecken, und sich selbst daran hindert, einen verlängerbaren Streik schaffen zu können. Wir schlagen daher ein Datum vor, das in Umlauf gebracht werden kann und allen das Vertrauen gibt, zu sagen: Wir gehen in den verlängerbaren Streik.

Das wäre um den 8. März herum. Das ist natürlich nur ein Vorschlag: Wir sind kein Generalstab, der über alles entscheidet, ohne so nah wie möglich an den Geschehnissen in den jeweiligen Gebieten und Branchen zu sein. Wir denken, dass wir gewinnen werden, wir wissen, dass wir gewinnen werden, aber wir müssen unsere Taktik an das anpassen, was vor Ort passiert.

Sie schlagen daher vor, im März einen neuen Kurs für die Initiierung des Streiks festzulegen, mit einem Start in ängere Ausstände ab dem 8. März. Würde ein Abwarten von vier Wochen nicht dazu führen, dass das Niveau der Mobilisierung wieder sinkt?

Simon Duteil: Dieser Vorschlag muss mit dem Zeitplan der nationalen Berufsgewerkschaft abgestimmt werden. Es geht nicht darum, die Einheit zu brechen, die sehr wichtig ist. Aber wir wissen auch, dass diese *Intersyndicale* nicht zu längeren Streiks aufrufen wird. Wir glauben jedoch, dass sie in der Lage ist, eine Vielfalt an Taktiken zu akzeptieren. Unser Kalender ist also ein ergänzender Kalender.

Murielle Guilbert: Den 8. März vorwegzunehmen, bedeutet nicht, dass bis dahin nichts geschieht. Anfang März sind die Schulferien vorbei. Das lässt den Aktivisten auch Zeit, um noch Überzeugungsarbeit zu leisten. Unser Vorschlag soll aus diesem

etwas abwartenden Moment, in dem jeder auf den anderen guckt, herauskommen. Und gleichzeitig möchten wir keine bodenlose Bewegung verordnen. Es gibt Orte, an denen die Beschäftigten nicht wissen, wozu eine Generalversammlung dient. Es gibt auch Generationen, die nicht unbedingt glauben, dass ein verlängerbarer Streik eine Möglichkeit ist, als Sieger aus dem Konflikt hervorzugehen.

Der 8. März ist der Internationale Tag der Frauenrechte: Es ist bekannt, dass die Frauenfrage bei dieser Reform eine zentrale Rolle spielt. Diese wird ihnen entgegen den Behauptungen von ((Premierministerin)) Elisabeth Borne stark schaden. Wir wissen auch, dass die Demonstration am 8. März 2020 die wichtigste war, gerade weil wir aus den langen Monaten der Mobilisierung gegen die Rentenreform herausgekommen waren. Unser Wunsch ist es, dass der 8. März 2023 vollständig in den Kalender des Kampfes gegen die Rentenreform aufgenommen wird.

Wir wissen, dass die ((Lehrergewerkschaft)) FSU und die CGT daran gewöhnt sind, den 8. März mit uns zusammen zu begehen. Was das Übrige anbelangt, sind uns die Umriss ihrer Positionierung nicht bekannt. Diese Woche ist auf jeden Fall sehr wichtig. Am Ende werden wir eine Art Gesamtbilanz haben, wo wir stehen.

Simon Duteuil: Es ist möglich, dass die Mobilisierung drei Wochen lang weniger im Vordergrund steht, dass weniger Menschen an den Demonstrationen teilnehmen als am 31. Januar. Aber das wird die Märsche, Kundgebungen, Collagen nicht verhindern... Beim Streik zu sparen, bedeutet, sich die Mittel zu verschaffen, um ihn in dem Moment erfolgreich zu gestalten, in dem wir alle zusammen loslegen müssen.

Man muss auch im Hinterkopf behalten, dass, wenn es in den nächsten Tagen zu einer Beschleunigung kommt, man sich nicht verbietet, ebenfalls Gas zu geben. So wie wir es im Oktober bei den Löhnen getan haben.

Übersetzung + Anmerkungen in eckigen Klammern: Gewerkschaftsforum Hannover

Siehe zum Hintergrund im LabourNet Germany das Dossier: [Frankreichs Präsident Macron will »Rentenreform« jetzt aber doch durchboxen – Gewerkschaften kündigen Widerstand an](#)